

Sommerwoche den 2. Januar 1919

Dresdner Volkszeitung

dab sich die Deutschen verpflichteten, Gassen und Umgebung zu verlassen, während die Polen die Hälfte des eroberten Kriegsmaterials herausgaben. Die Gefangenen wurden freigelassen. Verschiedene kleine Städte, wie Schrimm, Czempin usw., wurden auf Grund friedlicher Vereinbarung in polnische Verwaltung übernommen.

Die Schlachtkommission des Waffentillstands des Arbeiter- und Soldatenrats und der kommandierende General v. Boden und Polack haben einen Koalitionsvertrag erlossen, in dem die bestimmt Erwartung ausgesprochen wird, daß zukünftig Zusammenarbeit zwischen Soldaten deutscher und polnischer Abstammung vermieden werden. Es mußte auch während des Waffentillstands trotz politischer Gegenseite ein eträgliches Verhältnis erwartet werden und die endgültige Entscheidung zwischen beiden Nationen dem Friedenskongress vorbehalten bleiben.

Dem Stabschef ist eine Bekanntmachung angefügt, daß seit dem 26. Dezember eine einjährige Mission nach ihren Aufgaben im Einverständnis mit der deutschen Waffentillstandskommission in Spa sich einigt Tage in der Stadt aufhalte. Die Mission sieht unter dem Schutz des Völkerrechts, durfte daher in keiner Weise angegriffen oder auch nur bestimmt werden.

Polen, 2. Januar. Während der gestrigen Verhandlungen im Komitee erklärten der Oberpräsident und der Regierungspräsident den Ministern, daß sie zurücktreten werden.

Rote polnischer Marsch auf Berlin.

Das Kriegsministerium teilt mit: Wie wir von unserer Seite erfahren, entricht die Nachricht, daß 30 000 Polen bereits im Marsch auf Berlin seien oder doch sie schon in Polen sind, noch nicht den Tatbestand. Die Dinge haben zwar in Polen eine sehr bedeutsame Entwicklung genommen. Alle die Delegierte Kreise in der Sitzung der Soldatenräte sehr richtig betont, ist der Grenzübergang im Osten außerordentlich wichtig. Es fehlt aber noch an Mannschaften, Gewehren und ausgebildete Soldaten, die zur Zeit keine Bekleidung haben, sollten sich zur Aufnahme als Freiwillige für die Formation des Grenzschutzes Ost bereit.

Die Polen in Ostrowo und Znin.

Nach einem Telegramm des Deutschen Vereins in Znin an das R. T. befindet sich auch der Kreis Znin völlig in den Händen polnischer Soldaten. Die unzureichenden deutschen Truppen sind vertrieben und die von den Polen initiierte Bewegung zeigt sich in der Richtung Bromberg und Thorn fort.

Ebert über die neue Regierung.

Ebert hat einen Vertreter des R. T. empfangen und sich dem gegenüber folgendermaßen geäußert:

„Mit dem Austritt meiner zwei Freunde Rosse und Mittel hat Deutschland zum ersten Male eine reine Parteiregierung. Aber Sie werden aus jahrelangen Erfahrungen wissen, wie schwierig die Machtdurchsiedlung begrüßt wurde. Wir sind der Überzeugung, daß nur eine Regierung, die in sich keinerlei Reibungen zu überwinden hat, jetzt durchsetzen kann. Dabei fühlen wir uns schmucklos als ein Ausläufer unter Partei, sondern als Beauftragte des ganzen Volkes. Das erste, was ich noch in der Nacht tat, nachdem die Abhängigen ihren Austritt erklärt hatten, war, daß ich an meine Parteifreunde in Süddeutschland und Thüringen schrieb. Daß alle bewaffneten Männer sind dazu in irgendeiner Weise an den Regierungsgeschäften berüchtigt, so daß wir mit unseren Bewegungen bis jetzt noch keinen Erfolg hatten. Unsere nächste und dringendste Aufgabe wird sein, der Regierung einen Rückhalt in der verausgeschafften Volkswehr zu geben. Das wird sich hauptsächlich der Staatssekretär Rosse angelegen sein lassen.“

Ich selbst sehe meine hauptsächliche Aufgabe in der Vorbereitung der Nationalversammlung. Es muß mit allen Mitteln durchgeführt werden, daß sowohl die Wahlen wie nachher die Nationalversammlung selbst durchaus ungefähr und unbeeinflußt verlaufen können.“

Die Lage im Baltikum.

Kein englisches Ultimatum.

Berlin, 1. Januar. Von einem Ultimatum, das die im Baltikum gelandeten Engländer an das deutsche Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet haben sollen, nicht nur die Polen sondern auf der bisherigen Linie aufzuhalten, sondern auch Polen und Posen wiederzuerlangen, andenkbar würde der Verband in Deutschland einzutreten. Ist weiter an heftiger außändiger Stelle noch bei Ober-Ost etwas bekannt.

Riga muß geräumt werden.

Riga, 1. Januar. Am Sonntagnachmittag haben die deutschen Streitkräfte, die Eiserne Division, ihre Sitzungen bei Riga eingestellt und sind auf die Jagd gegen die russischen Verbündeten ausgedrehten, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt sind. Mit dem Abend ist, in dem die Truppen der Russen die Höhenstellungen erreicht haben, ist die Raum um Riga unvermeidlich geworden, besonders wenn man die Stadt schonen und nicht einer Einnahme mit wissender Hand aussehen will. Die englische Flotte hat sich außerhalb erklart, ihrerseits hoffend und hoffnend eingreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich vollzogen hat, die Räumung Riga noch im Laufe dieser Woche beschlossen worden. Die Männer der Besatzung und der größere Teil des Personals sind bereits nach Mitteleuropa übergefleckt. Der Gesandte mit seinem englischen Stab ist noch in Riga geblieben, um erst im letzten Augenblick gemeinsam mit der vorliegenden britischen Regierung ebenfalls nach Mitteleuropa zu gehen. Da nach 1910 Reichsdeutsche sich in Riga angesiedelt und große Werte am Privatbesitz und Hoheitsgütern nicht abtransportiert sind, wird nach der Übereinstellung der Gesandtschaft nach Mitteleuropa ein Vertreter des Gesandten mit Offizialen in Riga bleibende, um die reichsdeutschen Interessen auch gegenüber den Russen zu vertreten.“

Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Der Spartakusbund hat am Montag gegen den Rat seiner Führer und noch „radikal“ als sie die Beteiligung an den Wahlen zum 19. Januar abgelehnt und sich dahin ausgesprochen, die Wahlen gewaltig zu verhindern und die Nationalversammlung auszusetzen. Am Dienstag ist durch ein Eingreifen der sog. „revolutionären Öffentlichen“ auch in der Frage der Wahlbeteiligung eine neue Wendung eingetreten. Die geschlagenen Führer haben sich offenbar diesen Hilfstrupp geholt und ihm dann versprochen, die ganze Sache neu zu prägen werden. Der Spartakusbund

hastet nicht also noch einmal vor der Entscheidung, ob er durch Beteiligung an den Wahlen oder durch den verbrecherischen Versuch, sie gewaltsam zu verhindern, seine Chancen befreien will.

Auf den Dienstags-Sitzung ist auch in hohen Tönen über die Abwehraktion der Deutschen gegen den bolschewistischen Tyrannen in den baltischen Ländern geredet worden. Dazu bemerkte der Vorwärts: Die deutsche Republik darf nicht daran, sich in Russlands innere Verhältnisse einzumischen und sich an einer Offensive gegen Russland zu beteiligen. Sie darf aber ebensoviel daran, den Abbau der deutschen Besetzung im Osten gewaltsam führen zu lassen und noch weniger daran. Russland freiwillig die Eingangsporte nach Deutschland zu öffnen. Russland ist heute der einzige Staat des Kriegs will. Was Russland aus seine eigene Fasson siegt werden. Aber solange es nicht von seinem bolschewistischen Machtüberbaum läuft, solange es sich in unverhinderter Weise in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischt, kann es in Europa keine Ruhe geben. Die Spartakisten sind heute gar nichts anderes mehr als die geworbenen Agenten einer fremden Macht, die unseren inneren und äußeren Frieden bedroht.“

Beratung des Aktionsprogramms.

Berlin, Dienstag gibt die Schlachtkommission des Internationalen Kommunistenpartei bekannt, die sich mit der nächsten Ausführung des geschlossenen Bündnisses befaßt. Die Bildung wird mit schwierigem Befall entgegengewonnen.

Anna spricht Rosa Luxemburg über das Politische Aktionsprogramm: Der Zustand, daß Spartakus und Kommunisten sich gestern zu einer selbständigen Partei zusammenstossen haben, zwängt uns, ein einheitliches Programm zu entwerfen. Bis zum 4. August 1914 war das Gründungsprogramm möglich. Dies ist überholt. Wir müssen eine Revision vornehmen. An die Spitze der deutschen Revolution sind Männer getreten, die zwei Stunden vor Ausschluß noch mit allen Mitteln den Kampf gegen die Revolution geführt haben. Die Kompromissbildung dieser Tage wurde zu einer Täuschung aller Parteigruppen. Heute stehen Ebert-Eichendorff allein als Kuppel der Konterrevolution da. In Riga geben Deutsche und Engländer Arm in Arm gegen die Revolution vor. Gewerkschaftsbeamte, die hier handeln wie Bismarck, sind die größten Halunken von der Welt (Sturmlicher Beifall, Lärmklatschen).

Wir müssen und auf eine Periode sehr scharfer Zusammenfassung gesetzt werden. Aus dem Geiste ergibt sich für uns als erste Richtlinie: der Sturz der Regierung Ebert-Eichendorff. Man kann und Erfolg herbeiführen durch eine proletarische Regierung. Wir müssen die Regierung unterminieren durch einen revolutionären Massenkampf. Wir müssen auch den Klassenkampf in das Land hinaustragen, um die letzten Reste des Bürgertums, das Eisenamt, für uns zu gewinnen. (Händeklatschen.) Wir müssen das System der Arbeiters und Soldatenräte ausbauen. Wir müssen den Orden und Gewalt in die Hände geben. Wir müssen so arbeiten, daß der Sturz der Regierung Ebert-Eichendorff nur der Schlupfpunkt unserer Arbeit ist. Die gesamte proletarische Kraft muß sich also auf die Grundfesten der kapitalistischen Klasse stützen. (Großer Beifall.)

Zur Diskussion tritt Steuer-Worbsweide für radikale Entwicklung ein. Beweis fordert sofortige Lösung der Agrarfrage.

Karl Liebknecht spricht zu den einzelnen Punkten des Programms. Das Hineintragen des Klassenkampfes in das Land ist das Entscheidende für uns! Aus Anlaß meiner gestrigen Erklärungen über die Nationalversammlung hat die bürgerliche Presse behauptet, bei uns beginne bereits der Gesetzgebungskampf. Dem gegenüber erklärte ich, daß zwischen uns keine Lust besteht! Wir wollen nicht eine Monadenrevolution, sondern wir wollen die eiserne Raut erheben auf jeden, der sich der sozialen Revolution des Proletariats entgegenstellt. Die Internationalisierung der Kämpfer ist entscheidend. Die Internationalisierung

des Bürgerkrieges ist das, was wir zunächst zu erwarten haben. In Russland ist heute der Anfang dazu. Wir fordern von allen deutschen Proletarien im Waffenrohr an der russischen Grenze, daß sie nicht zu Hentern ihrer russischen Brüder werden, sondern daß sie mit den bolschewistischen Soldaten kämpfen und ihre Offiziere, die sie zu solch schändlichen Handeln auffordern, niederstechen. (Silberlicher Beifall.)

Wahl hat und gefüllt den Graben mit der Sovjetregierung gebracht. Unsre Antwort soll sein der gemeinsame Kampf des deutschen und russischen Proletariats im Waffenrohr gegen den gemeinsamen Feindfeind (Schallabend). Ein Antagon auf Schluß der Debatte wird angenommen. Rosa Luxemburg ist unüblich geworden und kann das Schlußwort nicht halten.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung wird eine von Rosa Luxemburg aufgestellte Resolution einstimmig angenommen.

Die genaue Festlegung der einzelnen Programmpunkte der Kommunistischen Partei wird einer besonderen Kommission übertragen.

Hierauf spricht Hugo Eberlein über Organisationsangelegenheiten. Da eine Abordnung der revolutionären Öffentlichen und Vertrauensleute erscheint, um mit dem Parteivorstand zusammen zu treten, wird die Sitzung auf eine halbe Stunde verlängert. Nach einer Stunde wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende Wied füllt mit, die revolutionären Öffentlichen könnten und an dem Namen der neuen Partei und an dem Beschluss, die Nationalversammlung zu konfrontieren. Den revolutionären Öffentlichen sei gezeigt worden, die Punkte würden von einem in kurzer Zeit einzuhaltenden Parteitag nachgeprüft werden, der auch über die Abteilungen des Programms und Organisationskommission zu beraten und beschließen. In dieser Kommission seien den revolutionären Öffentlichen drei Mandate zugebilligt worden. Die Verhandlungen mit ihnen seien noch nicht abgeschlossen.

Die Ausarbeitung des Organisationsstatuts wurde der Kommission übertragen.

Schlossen wurde, die Zentrale in der bisherigen Zusammenfassung bis zum nächsten Parteitag bestehen zu lassen und Arbeit zu den internationalen Kommunisten einen Zug in der Zentrale einzurichten. Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Die internationale Konferenz englischer Arbeitnehmer legte der Räte der Arbeit der Konferenz eine Resolution vor, welche im wesentlichen sagt, daß die Reichskonferenz es ablehnt, in einer internationalen Konferenz der Sozialparteien, wie sie jetzt von der Deutschen Arbeiterspartei einberufen und von den Gewerkschaften „mit tiefer Genugtuung“ begrüßt wurde, eine Körperschaft des internationalen Sozialismus zu leben. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Deutschlands künftige Verfassung.

Über die gutkünftige Verfassung des Deutschen Reichs macht der Vormärz folgende Meldungen, die sich zum 1. Januar mit den bereits in der Presse gemachten Angaben decken:

In die Spitze der Deutschen Republik soll ein vom Volk gewählter Präsident sitzen. Es ist noch nicht entschieden, ob dieser Präsident noch dem System der absoluten oder der relativen Mehrheit gewählt werden soll. Das erprobteste System kommt gegenwärtig zwischen den Parteien, indem es unter Umständen eine Gleichwahl notwendig macht; das zweitgewählte System, das der relativ Mehrheit, hat wieder den Nachteil, daß unter gesetzlichen Bedingungen zum Präsidenten der Vertreter einer starken Körperschaft gewählt wird, die natürlich notwendig in

Stimmen mit den gewählten Körperschaften kommen muß.

Der Präsident soll eine Stellung haben, die zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Königs liegt. Wie der amerikanische Präsident wird gewählt; aber nicht in indirekter, sondern in direkter Wahl. Dagegen ist es nicht wie der amerikanische Präsident unbestimmt, ob die Staatsfunktion als bloße Wahlkreise leisten, sondern wie der englische König ein parlamentarisches Ministerium gewählt werden soll. Die Mitglieder dieses Ministeriums müssen nicht notwendig Parlamentarier, aber sie müssen der Rechtheit der gewählten Körperschaft nebst dem Präsidenten sein.

Die gesuchten Körperschaften der Deutschen Republik sollen ein auf Grund des freien Wahlrechts der Welt gewähltes Volkshaus und ein Staatenhaus sein.

Das Staatenhaus ist unbedingt notwendig, um dem föderatistischen Grundzug des deutschen Volkes Genüge zu tun, besonders wenn eine Angleichung Deutschlands in naher Zukunft oder für später ins Auge gesetzt wird.

Beide Körperschaften sind keine Einzelverbände, sondern die Mitglieder von den bundesstaatlichen Parlamenten werden delegiert werden, die ebenfalls auf Grund desselben Wahlrechts gewählt sind, das ist das Volkshaus.

Die Meinung verschiedenster Körperschaften, dem Staatenhaus und dem Volkskammer oder zwischen den gesetzten Körperschaften entscheidet der Kapitel an das Volk, das Referendum.

In dem neuen Deutschen Reich ist der Fortbestand Preußens in seiner bisherigen Form unmöglich. Die altpreußischen Tendenzen werden überwältigt, wenn Preußen mit seinen 40 Millionen Einwohnern die absolute Mehrheit der Bewohner des ganzen Deutschen Reiches in die Magdeburg vereinen könnte.

Die Zeitung Preußens wird wahrscheinlich dadurch gefordert werden, daß man im allgemeinen die Zahl der Vertreter der Bundesstaaten im Staatenhaus auf 60 beschränkt, und zwar so, daß auf je eine Million der Einwohner Deutschlands ein Vertreter entfällt. Obwohl Preußen danach Anspruch auf 40 Vertreter hätte, wird es aber höchstens 28 erhalten. Wird dagegen Preußen in letztere höhergradige Verhältnisse gezwungen, so hat dann die preußische Regierung Anspruch auf die volle Zahl ihrer Vertreter im Staatenhaus. Vergleicht selber die Kleinstaaten unter einer solchen oder einer Million Einwohner keinen Vertreter im Staatenhaus erhalten, um so die Tendenz zum Zusammenfallen zu fördern. Bei der ganzen Neuordnung des Deutschen Reiches soll aber die Initiative auf Seiten der Bevölkerung liegen, und die Reichsregierung wird sich vermutlich nur vorbehalten, die prinzipiellen Pläne in Einklang mit den Reichsinteressen zu bringen.

Die Verhandlungen der Waffentillstandskommission.

Die deutsche Waffentillstandskommission gibt bekannt: Die Frage der Verpflichtung Deutschlands mit Lebensmittel zu gegenwärtig durch eine Kommission des Alliierten geprüft, die ihren Sitz in London hat. Die weiteren Rüttelungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands werden nunmehr an die Waffentillstandskommission erfolgen.

Die deutsche Waffentillstandskommission stellt mit: Entschieden wird jetzt aus Spa gemeldet, daß die Entente energische Maßnahmen getroffen hat, um eine gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals sicherzustellen. Bei den Eisenbahnmittelungen der Entente ist jetzt ein höherer deutscher Beamter oder Stabsoffizier eingesetzt worden, der die Aufgaben und das Recht hat, die Interessen des deutschen Eisenbahnpersonals wahrzunehmen und eine gute Behandlung, Erleichterung des Wettbewerbs usw. herzustellen. Die bisher bei dem deutschen Eisenbahnpersonal vielfach bestehende Abneigung, mit den abgelaufenen Eisenbahnen nach Belgien usw. zu gehen, ist daher nicht mehr begründet.

Die Entente erklärt, wie die deutsche Waffentillstandskommission mittelt, den Hauptzweck des Waffentillstands darin, eine Wiederaufnahme der Feindstädte durch Deutschland zu verhindern. Der Geist in dem alle weiteren Verhandlungen von der Entente geführt werden, hängt also davon ab, ob die Entente zu überzeugen, daß Deutschland die Demobilisierung ohne jeden Disziplinarstrafe und so schnell wie möglich durchführt. Da war es von Wichtigkeit, eine Übersicht über die Fortschritte der Demobilisierung zu geben. Diese ist daher nicht mehr begründet.

Die Entente erklärt, wie die deutsche Waffentillstandskommission mittelt, den Hauptzweck des Waffentillstands darin, eine Wiederaufnahme der Feindstädte durch Deutschland zu verhindern. Der Geist in dem alle weiteren Verhandlungen von der Entente geführt werden, hängt also davon ab, ob die Entente zu überzeugen, daß Deutschland die Demobilisierung ohne jeden Disziplinarstrafe und so schnell wie möglich durchführt. Da war es von Wichtigkeit, eine Übersicht über die Fortschritte der Demobilisierung zu geben. Diese ist daher nicht mehr begründet.

Deutschland ist die politische Unmöglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindstädte erwiesen. Es wurde deshalb von der deutschen Waffentillstandskommission angeregt, nunmehr weitere Erleichterungen für den Verkehr und die Verwaltung im besetzten Gebiet zu gewähren. Ferner wiederholte die deutsche Waffentillstandskommission das Erstes, zum Rücktransport der deutschen Truppen aus der Ukraine, rund 250 000 Mann, den Zweck freigeben. Nach den letzten Meldungen ist die Bahn für den Rücktransport aus Nikolaiew bereits in den Händen starker Bolschewikenbanden. Der Transport ist völlig abgeschnitten. Einem deutschen Angriff gibt es nicht mehr. Die Gefahr währt täglich, da mit Angriffen übermäßiger russischer revolutionärer Kräfte zu rechnen ist. Die Kampfskraft der noch auf russischem Boden liegenden deutschen Truppen ist infolge der Abgabe von Waffen und Munition für die Entente sowie durch Mangel an Geldmitteln und ausreichender Versiegung sehr geschwächt.

Ein Streik der Kaffeehauskellner

brach am Silvesterabend in Berlin aus. Infolge des Streiks sind alle großen Berliner Kaffeehäuser plötzlich geschlossen worden, so daß die Veröffentlichung des Kaffeehausgehilfenverbandes wie über die Ursachen des Streiks gelegt:

„Der Anlaß dazu war, daß mehrmalige Verhandlungen wegen Zahlung letzter Löhne durch das geringe Entgegenkommen des Unternehmers scheiterten. Die Unternehmer lehnten es strikt ab, letzte Löhne einzuführen. Die im Kaffeehausgewerbe Beschäftigten, das ist allgemein bekannt, haben in bezug auf letzte Löhne schon immer gegen alle Berufe zurückgestanden. Auch die jetzt gestellten Forderungen sind den Unternehmern entsprechend minimal. Wie gezeigt haben.“

Berlin, 2. Januar. Der in der Neujahrsnacht ausgetrocknete Kaffeehauskeller hat einen größeren Umlauf angenommen, als sonst, zu erwarten und hat zur Folge gehabt, daß im Laufe des Neujahrsabends auch die meisten großen Berliner Hotels und Restaurants ihre Kaffeehausbetriebe schlossen. Die Demonstrationen der Kaffeehauskellner verhinderten, daß im Hotel Adlon, dessen Kaffeehausabend von 500 Demonstranten besucht wurde, unter den zahlreichen Gästen befand sich auch ein britischer Offizier. Es kam zu einem Handgemenge, bei welchem der Inhaber des Hotels tödlich angegriffen wurde. Bei dem Tumult ist aus dem Hotel eine Anzahl von festgehaltenen Kaffeehauskellnern entwendet worden.

Aus aller Welt.

Eine blutige Razzia.

München, 1. Januar. Bei einer im Münchner Stadtbüro entstandenen Razzia, die mit einem Zusammenstoß mit der Ortspolizei endete, wurden von der Wache 10 Personen verhaftet. Der Polizei spricht auch von vier Toten.